

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien und Soziales am Montag, 25.09.2023, 17:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel. Vor Beginn der Sitzung fand um 16.00 Uhr die Besichtigung der Räume der Kita Langendamms statt.

Anwesend:

Ausschussvorsitzende:	Gesche Wittkowski
Ausschussmitglieder:	Klaus Ahlers Uwe Brennecke Anja Ender Johannes Klawon Timmy Kruse (bis TOP 6.1) Regina Mattern-Karth Dr. Christoph Meßner Stefan Schäfer
hinzugewählte Ausschussmitglieder:	Bernd Piper Ulrike Strehlke-Zobel
Ratsmitglieder: von der Verwaltung:	Norbert Ahlers Heiko Eilers Dirk Heise Dr. Meike Knop Michael Tietz Janneke Wahls Diana Zimmering

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien und Soziales vom 12.04.2023
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge an den Rat der Stadt Varel
Kein Tagesordnungspunkt
- 6 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 6.1 Zuschussantrag der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland
Vorlage: 084/2023/1
- 6.2 Errichtung eines zusätzlichen Jugendraumes auf dem Gelände der Weberei

Vorlage: 197/2023

- 6.3 Erwerb eines Pkw für die mobile Jugendarbeit im Jugendzentrum Weberei
Vorlage: 198/2023
- 7 Anträge und Anfragen von Ausschussmitgliedern
- 8 Zur Kenntnisnahme
- 8.1 Kinderärztliche Versorgung in der Stadt Varel/Sachstandsbericht
- 8.2 Vorstellung Naturkindergarten
- 8.3 Präventionsrat

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Wittkowski eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzende Wittkowski stellt die Tagesordnung fest.

TOP 8.1 wird einvernehmlich vorgezogen.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien und Soziales vom 12.04.2023

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien und Soziales vom 12.04.2023 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde gibt es keine Wortmeldungen.

**5 Anträge an den Rat der Stadt Varel
Kein Tagesordnungspunkt**

6 Stellungnahmen für den Bürgermeister

**6.1 Zuschussantrag der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland
Vorlage: 084/2023/1**

Auf die Vorlage 84/2023, öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien und Soziales vom 12.04.2023 sowie des dazugehörigen Protokolls wird verwiesen.

Die Mehrheit der Ausschussmitglieder wünscht sich weitere Informationen zum Beratungsangebot der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland. Der Büroleiter, Herr Fiebig, wurde hierzu befragt, konnte jedoch keine weiteren Informationen, als wie in seinem Antrag vom 28.12.2022 bereits dargestellt, hinzufügen.

Weiter wurde nach der Beteiligung der Stadt Wilhelmshaven an den Zuschüssen für die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland gefragt.

Die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland hat mit Schreiben vom 01.03.2023 einen Zuschuss für den Doppelhaushalt 2023/2024 in Höhe von insgesamt 33.500,- € bei der Stadt Wilhelmshaven beantragt. Hiervon entfallen 10.000,- € auf das Jahr 2023 sowie 23.500,- € auf das Jahr 2024. Die hohe Summe im Jahr 2024 begründet die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland mit dem Wegfall der Landesförderung zum 31.12.2023.

Diesem Antrag wurde per Ratsbeschluss vom 10.05.2023 in voller Höhe entsprochen.

Der Büroleiter der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland, Herr Fiebig, trägt zum Tagesordnungspunkt vor und erläutert den von der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland gestellten Zuschussantrag.

Ausschussmitglied Kruse fragt, ob die Beratungsleistungen komplett abgedeckt werden können.

Herr Fiebig erklärt hierzu, dass es nicht mehr nur um Beratung im Bereich Arbeitslosigkeit geht, sondern mittlerweile auch in andere verschiedene Rechtsgebiete greift.

Die Ausschussmitglieder Dr. Meßner und Mattern-Karth bedanken sich für die vielschichtige Beratungsunterstützung.

Herr Eilers von der Verwaltung fragt nach der Steigerung der finanziellen Unterstützung durch die Stadt Wilhelmshaven in 2024.

Herr Fiebig erklärt, dass die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland Anfang des Jahres 2023 einen höheren Förderantrag gestellt hat. Der Grund hierfür war, dass die Landesförderung, die jede Beratungsstelle im Bereich Sozialgesetz-

buch II auf Antrag erhalten kann, über den 31.12.2023 hinaus nicht mehr gewährt werden sollte. Da die Förderrichtlinien nun doch bis zum 31.12.2025 verlängert wurden, könnte der bereits gewährte Zuschuss der Stadt Wilhelmshaven für das Jahr 2024 entsprechend geringer ausfallen. Hiervon ist auch auszugehen.

Beschluss:

Die Stadt Varel gewährt der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland für das Jahr 2023 einen Zuschuss in Höhe von 900,00 €.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 6 Nein: 2 Enthaltungen: 1

6.2 Errichtung eines zusätzlichen Jugendraumes auf dem Gelände der Weberei Vorlage: 197/2023

Das Jugendzentrum Weberei wird durch viele Vareler Jugendlichen regelmäßig gut besucht. Es werden viele unterschiedliche Angebote unterbreitet. Für diese Angebote ist es notwendig, ein entsprechendes Raumangebot und auch Rückzugsorte vorzuhalten. Zum einen um sich in Ruhe um die Gruppenarbeit kümmern zu können und zum anderen, um den Rest der Jugendlichen nicht zu stören. Das Jugendzentrum nutzt Räume in der ehemaligen Weberei.

Diese Räume sind aber, wie bekannt, seit Jahren nicht ausreichend. Viele Ideen, wie z. B. die Einrichtung einer Fahrrad- oder Holzwerkstatt können nicht umgesetzt werden, weil Räume für die Nutzung fehlen. Auch können Einzelgespräche mit Jugendlichen nicht ausreichend geführt werden, da ein Rückzugsort fehlt. Es wird dringend zumindest ein weiterer Raum benötigt.

Der Stadt Varel wurde im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Schaffung von Jugendplätzen in den Kommunen eine Zuwendung vom Land Niedersachsen in Höhe von 35.000,- € bewilligt. Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt. Laut Förderbescheid wird ein Eigenanteil von 3.900,- € vorausgesetzt.

Der Jugendraum soll in Form einer „Gartenhütte“ auf dem Gelände der Weberei errichtet werden (im Lageplan rot gekennzeichnet). Die baurechtlichen Bestimmungen sind bereits geklärt.

Ausschussmitglied Brennecke spricht sich für einen zusätzlichen Jugendraum aus. Auch in der Weberei selbst ist es möglich, einen zusätzlichen Raum frei zu machen. Hierzu ist ein Raumkonzept erforderlich. Weiter wünscht er sich eine Art Pavillon auf dem Gelände des Jugendzentrums vor dem neuen Basketballplatz, wo man sich bei schlechtem Wetter unterstellen und von dort aus auch zusehen kann.

Herr Eilers von der Verwaltung erklärt, dass bereits an einem Raumbedarfsplan gearbeitet wird. Dieser wird in einem der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses vorgestellt.

Ratsherr Norbert Ahlers fragt, ob man in der Weberei den von der Niederdeutschen Bühne genutzten Raum in das Tivoli verlagern kann, um so einen zusätzlichen Raum für die Jugendarbeit zu schaffen. Die Niederdeutsche Bühne hat dort bereits den überwiegenden Anteil ihres Equipments gelagert und tritt dort auch mit ihren Veranstaltungen auf. Dann könnte man vielleicht auf die Gartenhütte verzichten. Diese wird mit großer Wahrscheinlichkeit ein Ziel für Einbrüche und Vandalismus. Um das zu vermeiden, ist eine kostspielige Absicherung dafür erforderlich.

Herr Eging von der Stadtjugendpflege erklärt, dass auch die Gartenhütte das

Platzproblem nicht gänzlich beheben wird. Es wird aber ein Raum geschaffen, der ein Rückzugsort für Jugendliche bedeutet und man nach Bedarf entweder eine Holz- oder Fahrradwerkstatt einrichten kann.

Ausschussmitglied Mattern-Karth fragt nach der Versorgung des Raumes mit Strom und Wärme im Winter.

Herr Efing merkt hierzu an, dass der Raum mit einer Infrarotheizung ausgestattet und eine Stromversorgung installiert wird.

Ausschussvorsitzende Wittkowski spricht sich ebenfalls für diesen zusätzlichen Jugendraum aus.

Beschluss:

Die Stadt Varel errichtet einen zusätzlichen Jugendraum in Form einer „Gartenhütte“ auf dem Gelände der Weberei.

Einstimmiger Beschluss

6.3 Erwerb eines Pkw für die mobile Jugendarbeit im Jugendzentrum Weberei Vorlage: 198/2023

Das Jugendzentrum Weberei wird durch viele Vareler Jugendlichen regelmäßig besucht. Für die Jugendlichen aus den umliegenden Ortschaften, wie z. B. Rosenberg, Altjührden, Jeringhave ist es nicht immer möglich, das Jugendzentrum in Varel zu besuchen. Um auch diese Jugendlichen zu erreichen und bei Problemen zu unterstützen, ist die Anschaffung eines Fahrzeuges erforderlich. Es sollen in allen Ortsteilen Ansprechmöglichkeiten zu festen Zeiten geschaffen und angeboten werden. Zudem wird für die verschiedenen Angebote des Jugendzentrums zur Materialbeschaffung ein Fahrzeug benötigt und andere Veranstaltungen außerhalb von Varel können so einfacher besucht werden. Die Dienstwagen der Stadt Varel stehen nicht ausreichend zur Verfügung.

Auch bei Ferienfreizeiten kann das Fahrzeug gut genutzt werden. Die Kosten für die Anmietung zusätzlicher Transportfahrzeuge kann dadurch eingespart werden. Der Stadt Varel wurde hierzu im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Schaffung von Jugendplätzen in den Kommunen eine Zuwendung vom Land Niedersachsen in Höhe von 17.500,- € bewilligt. Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt. Laut Förderbescheid wird ein Eigenanteil von 1.945,- € vorausgesetzt.

Der Jugendplatz soll in Form eines „Bullys“ angeschafft werden. Die Folgekosten, wie Versicherung, Steuern und Kraftstoff müssten für die Folgejahre im Haushalt der Stadt Varel eingeplant werden. Gegebenenfalls ist zu prüfen, ob Folgekosten zum Teil durch Sponsoren mit einem Werbeaufdruck auf dem Fahrzeug aufgefangen werden können.

Herr Efing von der Stadtjugendpflege erläutert kurz die Gründe für den Kauf eines Fahrzeuges für das Jugendzentrum.

Ausschussmitglied Ender zweifelt daran, dass man für 17.500 € überhaupt ein entsprechendes Fahrzeug erhält. Auch fragt sie nach dem Zustandekommen der Fördersumme.

Herr Efing erklärt, dass die Jugendpflege keine großen Ansprüche hat und daher auch lediglich mit einem Gebrauchtfahrzeug geplant wird. Zudem handelt es sich bei der Fördersumme um die Höchstgrenze an Fördermitteln für dieses Projekt.

Ausschussmitglied Dr. Meißner befürwortet den Kauf eines entsprechenden Fahr-

zeuges. Auch findet er die Idee gut, dass sich die Jugendpflege in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen um Sponsoren bemühen wird.

Ausschussmitglied Brennecke schlägt vor, sich bei den Autohändlern nach Leasingrückläufern zu erkundigen. Vielleicht besteht die Möglichkeit eines günstigen Einkaufs.

Ausschussvorsitzende Wittkowski hält die Anschaffung eines Fahrzeuges für sinnvoll. Gerade die Jugendlichen in den Ortschaften außerhalb des Stadtgebietes finden nicht immer den Weg ins Jugendzentrum nach Varel. Ein Angebot in den Ortschaften wie Dangast, Altjührden, Rosenberg und auch Obenstrohe zu festen Zeiten ist der erste Schritt.

Weiter bedankt sie sich für die Ausrichtung des tollen Begegnungsfestes am 24.09.2023 in der Weberei und die Errichtung des Basketballplatzes auf dem Gelände der Weberei.

Ausschussmitglied Mattern-Karth beantragt, die Eigenmittel der Stadt Varel zum Kauf eines Fahrzeuges für das Jugendzentrum in der Form zu erhöhen, dass insgesamt 25.000 € zur Verfügung stehen, wenn der bisher angedachte und eingeplante Betrag nicht ausreichen wird.

Alle Ausschussmitglieder sind sich darüber einig und befürworten den Antrag. Der Beschluss wird entsprechend ergänzt.

Beschluss:

Die Stadt Varel schafft einen zusätzlichen Jugendplatz in Form eines „Bullys“ (kleiner Bus/8 Sitzer) für das Jugendzentrum Weberei an.

Reicht der von der Stadt Varel einzusetzende Eigenanteil nicht aus, wird dieser vorbehaltlich genehmigter Haushaltsmittel bis zu einem Gesamtbetrag incl. Fördermittel in Höhe von 25.000 € aufgestockt.

Einstimmiger Beschluss

7 Anträge und Anfragen von Ausschussmitgliedern

Keine Anträge und Anfragen.

8 Zur Kenntnisnahme

8.1 Kinderärztliche Versorgung in der Stadt Varel/Sachstandsbericht

In der letzten Ausschusssitzung am 12.04.2023 wurde die Verwaltung beauftragt, Maßnahmen zu entwickeln, um derzeit fehlende Kinderärzte in Varel anzuwerben. Hierzu geben Dr. Meike Knop und Frau Janneke Wahls von der Wirtschaftsförderung der Stadt Varel einen kurzen Sachstandsbericht.

Derzeit gibt es eine fehlende Kinderarztstelle im Medizinischen Versorgungszent-

rum Varel (MVZ). Im Oktober 2023 soll von Seiten des MVZ eine entsprechende Anzeige im Niedersächsischen Ärzteblatt veröffentlicht werden.

Die vom Ausschuss gegebenen Anregungen in der Sitzung am 12.04.2023 wurden aufgegriffen und konnten bislang wie folgt umgesetzt werden:

Auf der Homepage der Stadt Varel wird Hilfestellung bei der Suche nach Praxisräumen, Wohnraum, Kindergartenplätzen, etc. angeboten. Es soll ein Banner im Urlaubsort Dangast angebracht werden. Ein Entwurf ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Weiter wurde der Vorschlag gemacht, eine entsprechende Prämie anzubieten, um Kinderärzte anzuwerben. Die Wirtschaftsförderung hat sich in verschiedenen Kommunen dazu umgehört. Es werden Prämien von bis zu 60.000 € angeboten. Die Stadt Wilhelmshaven die Stadt Jever sowie auch die Gemeinde Rhaderfehn hatten bislang keinen Erfolg mit dem Angebot einer Prämienzahlung. Die Gemeinde Westoverledingen hatte Erfolg durch eine Prämienzahlung von 25.000,- €. Von der Gemeinde Großefehn gab es bisher keine Rückmeldung. Die Stadt Cuxhaven sei an einem Austausch interessiert, aber eher für die Gründung eines Ärztezentrums. Gemeinden in der Wesermarsch haben mittlerweile von einer Prämie abgesehen. Von anderen abgefragten Kommunen gab noch es keine Rückmeldungen. Es können Suchanzeigen auf einem Portal des Landes Niedersachsen, im Niedersächsischen Ärzteblatt und auf der eigenen Homepage geschaltet werden. Es besteht auch die Möglichkeit, über eine Werbeagentur eine Kampagne zu starten. Die Kosten für eine solche Kampagne belaufen sich auf 80.000 € bis 250.000 €.

Ratsherr Norbert Ahlers fragt nach den Bedürfnissen der Ärzte. Wie kann man diesen Bedürfnissen entgegenkommen?

Frau Dr. Knop erklärt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie auch der behördliche und räumliche Aspekt wichtig sind.

Ausschussmitglieder Mattern-Karth und Dr. Meßner schlagen vor, zusammen mit den Friesland Kliniken die kinderärztliche Versorgung sicherzustellen.

Hierzu soll ein gemeinsames Gespräch stattfinden, um die weitere Vorgehensweise zu besprechen.

Ausschussvorsitzende Wittkowski bemängelt das vorgetragene Ergebnis der Wirtschaftsförderung. Eine vollkommen unzureichende Darstellung. Auch weist sie daraufhin, dass über die im Antrag von Zukunft Varel vorgeschlagenen Maßnahmen bereits Einigkeit im Ausschuss bestand. Die Verwaltung wurde einstimmig beauftragt, Vorschläge für eben diese Maßnahmen zu entwickeln. Das ist nicht geschehen.

Herr Dr. Dernick habe in seinem Vortrag in der letzten Sitzung dieses Ausschusses zwar gesagt, dass es nicht ausschließlich um Geld geht, aber eine angebotene Prämie sicherlich einen symbolischen Wert hat. Auch die Zusicherung eines Kita-Platzes kann dabei helfen, Kinderärzte für Varel zu gewinnen.

Erster Stadtrat Heise fragt, ob das Fehlen von Kinderärzten insgesamt ein besonderer Mangel ist.

Ausschussmitglied Dr. Meßner erklärt hierzu, dass in den letzten Jahren die Pädiatrien geschlossen wurden. Dadurch wurden die Ausbildungsplätze reduziert und somit werden immer weniger Fachärzte ausgebildet.

Herr Eilers von der Verwaltung schlägt vor, den genannten Vorschlag der Ausschussmitglieder Mattern-Karth und Dr. Meßner aufzugreifen und mit den Friesland Kliniken Kontakt zu einem gemeinsamen Gespräch aufzunehmen. Die Wirtschaftsförderung wird einen entsprechenden Kontakt herstellen.

Weitere Ergebnisse sollen in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses erläutert werden.

8.2 Vorstellung Naturkindergarten

In Varel-Rosenberg ist auf dem Gelände des landwirtschaftlichen Betriebes Lehmhus die Errichtung eines Natur-Kindergartens geplant. Hierzu wurden die Initiatoren Frau Inja Boomgarden und Herr Heiner Lehmhus eingeladen.

Frau Boomgarden und Herr Lehmhus stellen das Projekt vor.

Die Idee eines Naturkindergartens ist, Kinder wieder an die Natur und die Landwirtschaft heranzuführen. Vorab wurden verschiedene Natur- und Bauernhofkindergärten besichtigt, um sich entsprechende Anregungen zu holen. Die Familie Lehmhus verfügt über eine Immobilie auf der eigenen Hofstelle und wird diese entsprechend umbauen und zur Verfügung stellen. Eine gemeinnützige Unternehmergesellschaft (gUG) wird die Kita betreiben.

Ausschussmitglied Mattern-Karth fragt, ob dieses Gebäude in den Hof integriert ist.

Herr Lehmhus erklärt, dass der Betrieb bewirtschaftet wird. Das Gebäude befindet sich in Sichtweite des Betriebes.

Frau Boomgarden merkt dazu an, dass die Kinder fußläufig in die Natur oder auf die Hofstelle gelangen können, ohne eine Straße überqueren zu müssen.

Ausschussmitglied Dr. Meßner fragt nach der Anzahl der Kinder, die dort betreut werden sollen.

Frau Boomgarden plant dort eine Unterbringung mit einer Kindergartengruppe von 20 – 25 Kinder. Die Einrichtung einer weiteren Gruppe ist zusätzlich möglich.

Ausschussmitglied Dr. Meßner fragt nach den Kosten, die auf die Stadt Varel entfallen.

Herr Eilers von der Verwaltung erklärt dazu, dass eine Betriebsvereinbarung wie auch mit den anderen Kindergärten freier Trägerschaften geschlossen wird, wobei sich die Stadt Varel an den Betriebs- und Personalkosten beteiligt.

Erster Stadtrat Heise merkt dazu an, dass diese Kosten natürlich im Rahmen bleiben und den normalen Standard gewährleisten.

Aus dem Ausschuss heraus wird die Frage gestellt, ob überhaupt ein Bedarf an einen Naturkindergarten besteht.

Herr Eilers von der Verwaltung führt weiter aus, dass ein weiterer Kindergartenneubau in Varel-Obenstrohe geplant ist. Erst einmal wird zum 01.08.2024 die Kindertagesstätte Meischenstraße nach dem Auszug der Diakonie Varel in die städtische Trägerschaft übergehen. Weiterhin ist zu prüfen, ob die als Übergangslösung eingerichtete Kindertagesstätte in Varel-Langendamm weiter betrieben werden kann.

Die Errichtung eines Naturkindergartens ist von vielen Faktoren und Genehmigungen abhängig. Das ist ein langwieriger Prozess. Die Betriebserlaubnis für einen Naturkindergarten mit durchaus zwei Gruppen wird sicherlich dazu beitragen, die Bedarfe weiter decken zu können und die Trägervielfalt in Varel zu bereichern. Zur Bedarfsermittlung und zur weiteren Kita-Planung sind auch die Kinderzahlen notwendig und zu ermitteln.

Die gesamte Kita-Planung wird nach Fertigstellung in diesem Ausschuss vorgestellt.

Ratsherr Norbert Ahlers fragt, ob Kontakt zur Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof aufgenommen wurde. Weiter merkt er an, dass es in Wildenloh einen Waldkindergarten gibt, den man sich ansehen könnte.

Frau Boomgarden steht in Kontakt zu Herrn Meyer zum Felde, dem 1. Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof. Dieser befürwortet die Umsetzung eines Naturkindergartens. Der Waldkindergarten in Wildenloh wurde

bereits besichtigt. Für die weitere Planung wurde von dort auch eine Unterstützung zugesagt.

Ausschussmitglied Mattern-Karth befürchtet, dass Eltern eher Kindertagesstätten in der Nähe ihres Wohnortes bevorzugen und der Naturkindergarten daher nicht so sehr gefragt sein wird.

Frau Boomgarden und Herr Lehmus haben diesbezüglich bereits vorab eine Interessenbekundung durchgeführt. Es gibt bereits viele Eltern aus den umliegenden Ortsteilen sowie auch aus dem Stadtgebiet, die bereit wären, ihre Kinder in solch eine Einrichtung zu bringen. Auch Erfahrungsberichte aus den Natur- und Waldkindergärten der anderen Bundesländer ergeben, dass Eltern bereit sind, bis zu 30 km weit zu fahren, um die Kinder in einen Naturkindergarten zu bringen.

Abschließend führt Herr Eilers für die Verwaltung aus, dass auch sie den Gedanken, einen Naturkindergarten zu errichten, sehr gut findet. Man muss aber zunächst die baurechtlichen Bestimmungen, die Investitionskosten von Familie Lehmus sowie die Vorgaben von Frau Bretzke von der Landesschulbehörde abwarten. Ob die Umsetzung dieses Projektes möglich ist, bleibt daher abzuwarten. Es wird vorgeschlagen, eine gemeinsame Besichtigung vor Ort mit diesem Ausschuss durchzuführen, wenn die Umsetzung möglich gemacht wird.

8.3 Präventionsrat

In der Anlage wird das Protokoll des Präventionsrates vom 05.07.2023 beigefügt.

Zur Beglaubigung:

gez. Gesche Wittkowski
(Vorsitzende/r)

gez. Diana Zimmering
(Protokollführer/in)